



Unsere Handschrift

Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik
in der Bundesregierung

2006





Unsere Handschrift

Im neuen Jahr stehen wir vor wichtigen politischen Herausforderungen: Die Arbeit in der großen Koalition muss erfolgreich sein. Bei den anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen wollen wir uns als entscheidende Kraft der sozialen Gerechtigkeit behaupten. Beides erfordert von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten große Anstrengungen. Vor allem müssen wir unseren Anteil an den grundlegenden Reformen bei Wirtschaft, Arbeit und sozialer Sicherung deutlich machen. Wir haben die Initiative zu einer nachhaltigen Modernisierung Deutschlands ergriffen. Wir verbinden wirtschaftliche Dynamik mit einem wirksamen Sozialstaat. Das ist unsere Handschrift.

Die Arbeit der Bundesregierung hat gut begonnen. Mit Franz Müntefering als Vizekanzler an der Spitze sorgen die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister dafür, dass unsere Politik des sozialen Fortschritts nicht nur gefordert, sondern auch handfest umgesetzt wird.

► *Mit dem Programm für Wachstum und Beschäftigung investieren wir ab 2006 zusätzlich 25,2 Milliarden in Forschung und*

Entwicklung, in die Infrastruktur, in die mittelständische Wirtschaft und für Familien und Kinder.

- ▶ *Wir sorgen dafür, dass die von uns begonnene Reform des Arbeitsmarktes Wirkung zeigt. Wir sichern, dass die aktivierenden Angebote von Qualifizierung, Vermittlung und Lohnergänzung den Menschen zugute kommen, die Arbeit suchen.*
- ▶ *Wir stärken durch eine zukunftsorientierte Finanzpolitik die Handlungsfähigkeit des Staates. Wir verlagern die Gewichte weg von sinnlos gewordenen Subventionen hin zu den notwendigen Zukunftsinvestitionen.*
- ▶ *Wir bekräftigen und verstärken unsere neue Familien-, Kinder- und Bildungspolitik. Wir bauen die Tagesbetreuung für die Jüngsten aus, wir fördern die Ganztagschulen und wir führen 2007 das Elterngeld ein.*

Die Politik für mehr Kinder, für starke Familien und für bessere Bildung ist mehr als ein Politikfeld unter vielen. Sie ist ein zentraler Ansatz, um wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen einer modernen Gesellschaft zu ermöglichen. Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden. Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial, wirtschaftlich und kulturell. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine dynamische und wachstumsstarke Gesellschaft sein. Deshalb müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Familien- und Bildungspartei Deutschlands sein. Mit einer Familienkampagne werden wir dies im ersten Halbjahr 2006 unterstreichen.



Inhalt

Wir stehen für starkes Wachstum	Seite 6
Wir machen Politik für mehr Arbeit	Seite 8
Wir helfen Familien und Kindern	Seite 10
Wir wollen solide Finanzen	Seite 12
Wir erneuern den sozialen Staat	Seite 14
Wir wollen einen breiten Energiemix	Seite 16
Wir sorgen für eine gute Infrastruktur	Seite 18
Wir gestalten Europas Zukunft	Seite 20
Wir dienen dem Frieden in der Welt	Seite 22

Wir stehen für starkes Wachstum.

Wir werden die Arbeitslosigkeit weiter entschieden bekämpfen. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir mehr Wirtschaftswachstum und folglich mehr Investitionen. Nur so entstehen neue Arbeitsplätze.

Deshalb hat die Bundesregierung ein Wachstums- und Beschäftigungspaket in Höhe von 25,2 Milliarden Euro beschlossen, das auf wesentlichen Forderungen unseres Wahlmanifests basiert.

Mit Hilfe des Programms kurbeln wir die Konjunktur weiter an. Und wir verfolgen eine wirtschaftspolitische Doppelstrategie:

- ▶ Wir erhöhen heute die Investitionen in Forschung und Entwicklung, um auch morgen Exportweltmeister zu bleiben.
- ▶ Wir fördern das lokale Handwerk und stärken lokale soziale Dienstleistungen, damit auch vor Ort neue Arbeitsplätze entstehen können.

■ WIR INVESTIEREN IN DIE ZUKUNFT.

Wir investieren in eine leistungsfähige Infrastruktur und legen den Grundstein für mehr Wachstum und Beschäftigung und die wirtschaftlichen Erfolge von morgen.

- Die Mittel für Forschung und Entwicklung werden um sechs Milliarden Euro aufgestockt. Unser Ziel ist, dass Staat und Wirtschaft bis 2010 gemeinsam ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% des BIP erhöhen.
- Für die Sanierung von Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung stehen zusätzlich vier Milliarden Euro bereit.

- Wir investieren zusätzlich 4,3 Milliarden Euro in eine moderne Verkehrsinfrastruktur und bauen Schienennetz, Wasserwege und Straßen aus.
- Wir fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und die Einführung des Elterngeldes.

■ WIR FÖRDERN PRIVATHAUSHALTE UND DEN MITTELSTAND.

Mittelständische Betriebe, insbesondere das Handwerk, sind arbeitsintensiv und haben ein hohes Potenzial für zusätzliche Beschäftigung.

- Künftig können Handwerkerrechnungen für Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bis zu 600 Euro pro Jahr steuerlich abgesetzt werden.
- Ebenso verbessern wir die steuerliche Absetzbarkeit der Aufwendungen für pflegebedürftige Haushaltsangehörige.

■ ES BLEIBT DABEI: WIR SICHERN DEN WOHLSTAND FÜR ALLE.

Mit zusätzlichen Investitionen fördern wir Wachstum und Beschäftigung. Wir setzen auf die traditionellen Stärken unseres Landes:

- Gute Produkte, innovative Forschung und Entwicklung
- Gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Leistungsfähige Betriebe und moderne Infrastruktur.

Wir machen Politik für mehr Arbeit.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik dient dem Ziel, Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage schneller in Übereinstimmung zu bringen. Sie kann damit eine wichtige Unterstützung für die Vermittlung von Arbeitssuchenden in Arbeit geben. Mit dem Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt und neuen, aktivierenden Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik haben wir die Voraussetzungen für schnelle und effiziente Vermittlung und größtmögliche Unterstützung für arbeitslose Menschen geschaffen.

■ AKTIV ARBEIT FÖRDERN.

Wir setzen die aktive Arbeitsförderung, die unter dem Leitgedanken des „Förderns und Forderns“ steht, fort. Mit Hilfe von wissenschaftlicher Begleitforschung überprüfen wir die Fördermaßnahmen auf ihre Wirksamkeit. Die erfolgreichen Maßnahmen, die zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit führen, werden fortgesetzt und 2006 weiterentwickelt.

■ WIR HELFEN JUGENDLICHEN UND ÄLTEREN ARBEITSLOSEN.

Der Ausbildungspakt bleibt. Jährlich sollen Wirtschaft, Handwerk und Öffentlicher Dienst 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Unser Ziel ist klar: Kein Jugendlicher soll länger als drei Monate arbeitslos sein. In 62 Regionen fördern wir regionale Beschäftigungspakte für ältere Arbeitslose und stellen 30.000 Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Langzeitarbeitslose zur Verfügung.

■ WIR WOLLEN GERECHTEN LOHN FÜR GUTE ARBEIT.

Wir wollen die Beschäftigungschancen für gering qualifizierte weiter verbessern. Schon heute gibt es verschiedene Möglichkeiten, den Lohn aufzustocken. Diese sollen gebündelt werden. Dabei darf es aber nicht zu einer dauerhaften Lohnsubventionierung kommen.

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von ihren Erwerbseinkommen auch leben können.

- Deshalb prüfen wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.
- Lohndumping durch Billiglohnkräfte grenzen wir dadurch weiter ein, dass das Entsendegesetz auf das Gebäudereinigerhandwerk ausgedehnt wird.

Wir stehen für starke Arbeitnehmerrechte.

Wir stehen auch in Zukunft für starke und sichere Arbeitnehmerrechte. Ein Wettlauf um niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen führt nicht zu mehr Beschäftigung.

- ▶ Darum lehnen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch den Entwurf der europäischen Dienstleistungsrichtlinie, die Sozialdumping befördert, ab.
- ▶ Tarifautonomie und Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen sorgen für einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und beugen Konflikten vor.
- ▶ Sichere Arbeitnehmerrechte und gute soziale Standards sind deshalb ein entscheidender Standortvorteil für Deutschland.

Wir helfen Familien und Kindern.

Wir wollen, dass Deutschland kinder- und familienfreundlicher wird. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die Angebote für Kinderbetreuung ausgeweitet werden. Damit haben es Mütter und Väter leichter, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Wir wollen, dass in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden. Alle jungen Menschen sollen sich ihre Kinderwünsche erfüllen können. Kinder sind unser wichtigstes Zukunftskapital. Nur so kann Deutschland wirtschaftlich stark und erfolgreich bleiben.

Darum setzen wir bei unserer Familienpolitik auf einen Mix von Maßnahmen:

■ WIR SORGEN FÜR GUTE UND BEZAHLBARE BETREUUNG

Das Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung bleibt. Damit steht fest: Gute und flächendeckende Kinderbetreuung ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, für die auch der Bund Verantwortung trägt.

- Bis 2010 sollen 230.000 neue Betreuungsplätze entstehen.
- Gemeinsam mit den Ländern werden wir nach Wegen suchen, die Gebührenbefreiung der Eltern im letzten Kindergartenjahr bundesweit zu ermöglichen.
- Erwerbstätige Eltern können bereits ab 2006 an ihre Kinderbetreuungskosten erheblich besser steuerlich absetzen.

■ WIR SORGEN FÜR VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

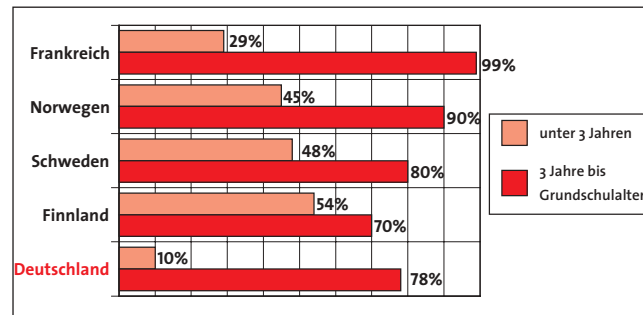
- Das Elterngeld nach unserem Modell wird bereits ab 2007

eingeführt. Damit wird ein wichtiger Baustein sozialdemokratischer Familienpolitik umgesetzt.

- Es wird 67 % vom Nettoeinkommen des betreuenden Elternteils (maximal 1.800 Euro) betragen. Damit ist der Lebensstandard junger Familien nach der Geburt eines Kindes wirksam abgesichert.
- Gleichzeitig wird die schnellere Berufsrückkehr von Müttern unterstützt.
- Väter haben mit dem neuen Einkommensersatz zum ersten Mal die reale Chance auf eine „Baby-Pause“.

■ WIR WOLLEN KINDER UND FAMILIEN BESSER FÖRDERN

Der Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern wird verbessert, indem der Berechtigtenkreis ausgeweitet wird. Damit bekämpfen wir Kinderarmut und ermöglichen es mehr Eltern, ohne Bezug von ALG II für ihre Kinder zu sorgen.



Betreuungsangebote für Kleinkinder im internationalen Vergleich.

Quelle: OECD Employment Outlook 2001

Wir wollen solide Finanzen.

Wir wollen Deutschland neue politische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Deshalb werden wir die öffentlichen Haushalte konsolidieren und gleichzeitig eine wirtschaftliche Wachstumsstrategie verfolgen. Unser Grundsatz: Finanzpolitik muss Prioritäten setzen – Interessen einzelner Lobby-Gruppen dürfen sich nicht gegen das Gemeininteresse an soliden Staatsfinanzen durchsetzen.

■ WIR SETZEN AUF ZUKUNFTSINVESTITIONEN.

Wir wollen weg von den Vergangenheitssubventionen hin zu mehr Zukunftsinvestitionen. Denn wir wissen: Ohne höheres Wachstum und mehr Beschäftigung werden die Staatsfinanzen nicht gesunden.

- Wir haben durchgesetzt, dass nicht mehr gerechtfertigte Subventionen, wie zum Beispiel die Eigenheimzulage, abgeschafft werden.
- Unser Programm für Wachstum und Beschäftigung in Höhe von 25,2 Milliarden Euro gibt Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

■ DER STAAT BRAUCHT GESICHERTE EINNAHMEN.

Mit unter 20 % ist die deutsche Steuerquote 2005 deutlich unter ihren langfristigen Durchschnitt von 23 % gefallen. Damit hat Deutschland – neben der Slowakei – die geringste Steuerquote in der EU. Der europäische Durchschnitt liegt bei rund 29 %. Es gibt keinen Spielraum für weitere Steuersenkungen.

Wir arbeiten daran, die finanziellen Handlungsspielräume für wichtige Zukunftsinvestitionen zurückzugewinnen. So wird Deutschland die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft und der zunehmenden Globalisierung der Märkte erfolgreich bestehen.

Spitzenverdiener müssen mehr Steuern zahlen.

Es bleibt bei unserem Prinzip: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass Spitzenverdiener stärker herangezogen werden und das dort, wo Belastungen alle treffen wie bei der Mehrwertsteuererhöhung, besondere Härten vermieden werden.

- ▶ Wir haben durchgesetzt, dass die Einkommensteuer ab einem zu versteuerndem Einkommen von 250.000 Euro für Ledige (500.000 für Verheiratete) - mit Ausnahme der gewerblichen Einkünfte - ab 2007 auf 45 % erhöht wird.
- ▶ Wir haben durchgesetzt, dass die Mehrwertsteuer erst zum 1. Januar 2007 erhöht wird – und nicht, wie von der Union geplant, bereits zum 1. Januar 2006.
- ▶ Der ermäßigte Steuersatz von 7 % auf Lebensmittel und andere Güter wird nicht angetastet.
- ▶ Mieten bleiben mehrwertsteuerfrei.
- ▶ Bis zum Jahr 2008 soll eine Unternehmenssteuerreform realisiert werden. Wir halten daran fest, dass diese aufkommensneutral ausgestaltet werden muss.

Wir erneuern den sozialen Staat.

Wir stehen zu den Prinzipien des Sozialstaates, der die elementaren Lebensrisiken Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Alter solidarisch absichert. Zu unseren sozialen Grundpfeilern gibt es keine Alternative. Wir wissen aber, dass wir unsere Sozialsysteme modernisieren müssen, um sie langfristig stabil zu halten.

■ WIR WOLLEN, DASS ALLE KRANKENVERSICHERT SIND.

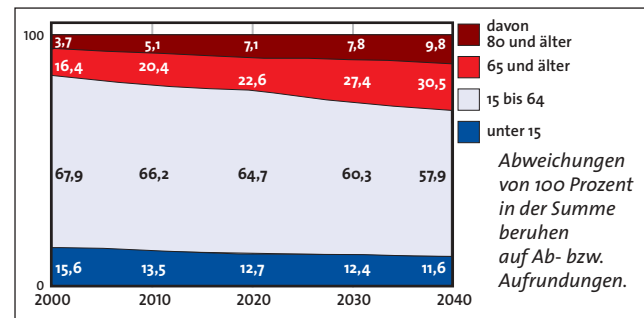
- Die Krankenversicherung bleibt solidarisch, niemand verliert seinen Versicherungsschutz. Die Privatisierung von Risiken, Leistungsausgrenzungen, das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages oder erweiterte Zuzahlungen gibt es nicht.
- Wir gehen den Weg zu mehr Transparenz und Wettbewerb im Gesundheitswesen konsequent weiter.
- Wir bringen unsere Vorstellung von einem solidarischen Gesundheitssystem auf Basis eines Modells der Bürgerversicherung in die Verhandlungen mit CDU und CSU ein.

■ WIR ERHALTEN DIE SOLIDARISCHE PFLEGEVERSICHERUNG.

- Die bisherige Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung bleibt erhalten. Die private Pflegeversicherung mit ihren hohen Überschüssen wird daran beteiligt. Prävention und Rehabilitation werden gestärkt, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.

■ WIR SORGEN FÜR EINE NACHHALTIGE ALTERSVORSORGE.

Die gesetzliche Rente bleibt wichtigster Pfeiler der Altersvorsorge. Es wird keinen Abschied vom Solidarprinzip geben.



Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung in %.

Quelle: Rürup-Kommission

■ RENTENKÜRZUNGEN FINDEN NICHT STATT.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters ist eine Antwort auf die gestiegene Lebenserwartung und Leistungsfähigkeit der Älteren. Wir gestalten sie als einen langfristigen Prozess.

■ GENERATIONENGERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT.

Der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft erfordert nicht weniger, sondern mehr Solidarität. Alle sollen zu dieser Solidarität nach ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit beitragen.

- Mit unseren Reformen in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen haben wir die Grundlage für nachhaltige Finanzierung, Solidarität und Eigenverantwortung in den Sozialversicherungen gelegt.
- Wir setzen unsere Reformen für Generationengerechtigkeit und Solidarität fort.

Wir wollen einen breiten Energiemix.

Wir halten an einer sicheren und nachhaltigen Energiepolitik fest, die auf einem ausgewogenen Verhältnis von Versorgungssicherheit, stabilen Strompreisen und den internationalen Klimaschutzzielen aufbaut. Dabei setzen wir auf einen breiten Energiemix, konsequentes Energiesparen und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien.

■ ES BLEIBT BEIM AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE.

Ein Wiedereinstieg in die Atomenergie ist ökologisch und ökonomisch nicht verantwortbar:

- ▶ Deutschland ist beim Import von Uranbrennstoffen zu 100 Prozent von Drittländern abhängig.
- ▶ Die weltweiten Uranvorräte reichen – je nach Nutzung – nur noch bis zu 65 Jahren – viel kürzer als die fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas.
- ▶ Es gibt kein Endlager für den Atommüll.

■ WIR WOLLEN EINEN BREITEN ENERGIEMIX.

Unsere Energieversorgung soll auf eine breite Basis aller Energieträger gestellt werden – von der heimischen Stein- und Braunkohle bis hin zu erneuerbaren Energien. Das Gleiche gilt für ein breites Spektrum der Lieferländer, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.

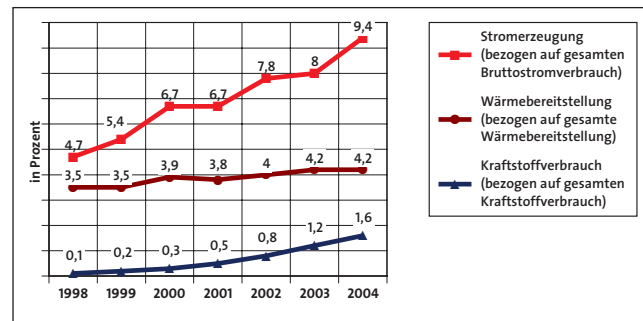
Der Wettbewerb der deutschen Energieanbieter soll gestärkt und die Einbindung deutscher in europäische Energienetze verbessert werden, um für die deutschen Verbraucher international vergleichbare Energiepreise zu erzielen.

■ WIR FÖRDERN KONSEQUENTES ENERGIESPAREN.

Zum Beispiel mit unserem neuen Förderprogramm zur energiesparenden Gebäudesanierung. Hiermit und beim Einsatz moderner Steuerungstechnologien in Industrie und Privathaushalten lassen sich Milliarden Kilowattstunden sparen.

■ WIR STÄRKEN DIE ERNEUERBAREN ENERGIEN.

Bis 2010 soll der Strom aus erneuerbaren Energien – von Windkraft bis zur Biomasse – von 56 auf rd. 75 Billionen Kilowattstunden ansteigen. Dann beträgt der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien 12,5 Prozent des gesamten deutschen Stroms.



Anteile erneuerbarer Energien an der Energiebereitstellung in Deutschland (Endenergieverbrauch).

Quelle: BMU, Erneuerbare Energien in Zahlen – nationale und internationale Entwicklung (12/2005)

Wir sorgen für eine gute Infrastruktur.

■ MOBILE GESELLSCHAFT – MODERNE KOMMUNEN.

Wir brauchen hohe Investitionen in Mobilität und in die verkehrliche, städtische und ländliche Infrastruktur. Das ist vor dem Hintergrund der Globalisierung und der EU-Osterweiterung wichtiger denn je für unsere wirtschaftliche Entwicklung und für die Lebensqualität in Deutschland. Dabei setzen wir auf die Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie wie auf die Stärkung integrierter Förderprogramme und Konzepte für Stadt und Land.

■ WIR WOLLEN ALS LOGISTIKSTANDORT SPITZE BLEIBEN.

Bei Logistik ist Deutschland Spitze. Dies schafft Millionen von Arbeitsplätzen. Jedes Jahr kommen neue hinzu. Deswegen treiben wir international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für den Logistikstandort Deutschland voran und fördern seine aktive Vermarktung im In- und Ausland. Im Dialog mit der Verkehrswirtschaft, der verladenden Wirtschaft und der Wissenschaft werden wir darüber hinaus einen Masterplan Güterverkehr und Logistik erarbeiten, um Wachstum und Arbeit in der Verkehrswirtschaft zu unterstützen und die Effizienz des Gesamtverkehrssystems zu steigern.

■ WIR STÄRKEN DIE VERKEHRSINFRASTRUKTUR.

Der Verkehr von Personen und Gütern nimmt zu. Daher müssen wir den Erhalt und den gezielten Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen gewährleisten. Insbesondere

auf den ökonomisch effizienten und ökologisch verträglichen Schienenverkehr sowie auf den ÖPNV kommt es an. Wir werden deshalb den öffentlichen Verkehr auf hohem Niveau fördern. Die Bahnreform setzen wir mit dem Ziel fort, das System Schiene im Wettbewerb zu stärken.

■ WIR WOLLEN LEISTUNGSFÄHIGE STÄDTE UND REGIONEN.

Wir werden Städte und Gemeinden – auch des ländlichen Raums – bei der Bewältigung des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels weiter unterstützen. Die Städtebauförderung, die Stärkung der integrierten Stadtentwicklung und das Förderprogramm Stadtumbau Ost setzen wir fort. Stadtentwicklung ist ein Schwerpunkt vorsorgender Politik für besseren sozialen Zusammenhalt.

■ WIR FÖRDERN GUTES WOHNEN FÜR JUNG UND ALT

Wohneigentum, Mietwohnungsbau und genossenschaftliches Wohnen bleiben die drei Säulen der Wohnraumversorgung. Dazu werden wir

- mit der KfW-Förderbank Wege aufzeigen, um insbesondere die Wohneigentumsbildung von Familien mit Kindern zu fördern;
- Wohneigentum bei der Förderung der privaten Altersvorsorge berücksichtigen;
- das Wohngeldrecht vereinfachen;
- das genossenschaftliche Wohnen weiterentwickeln.

Wir gestalten Europas Zukunft.

Wir wollen die Zukunft Europas aktiv politisch gestalten. Wir setzen uns für eine starke und handlungsfähige Europäische Union ein, die als friedliche Macht nach außen und soziale Kraft nach innen wirkt. Die Europäische Union soll sich in Europa und weltweit für Frieden und Menschenrechte einsetzen. Im Innern der Union kommt es darauf an, dass wirtschaftliche Dynamik und sozialer Zusammenhalt in Einklang gebracht werden. Nur dann wird Europa wieder die Bürger für sich begeistern können.

■ WIR SORGEN FÜR EIN STARKES UND SOZIALES EUROPA

Wir wollen die Europäische Union handlungsfähiger, bürgernäher und sozialer machen.

- Wir setzen uns daher weiter für das Inkrafttreten der Europäischen Verfassung ein. Unter deutscher Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 werden wir in Abstimmung mit unseren Partnern Initiativen hierzu ergreifen.
- Wir wollen das europäische Sozialmodell stärken und die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene durchsetzen.
- Wir wollen unfairen Steuerwettbewerb in Europa verhindern und setzen uns entschieden gegen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping ein. Einen Wettlauf um die niedrigsten sozialen Standards darf es in Europa nicht geben. Dies gilt auch bei der Dienstleistungsrichtlinie.
- Wir wollen ein hohes Schutzniveau für die Umwelt, ohne dabei die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas zu beeinträchtigen.

- Wir setzen uns für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und den Ausbau der Mitbestimmung in Europa ein.

■ FRIEDEN UND STABILITÄT IN EINEM ERWEITERTEN EUROPA

Wir wollen, dass die Europäische Union auch weiter ein Frieden und Stabilität stiftender Faktor für die angrenzenden Weltregionen bleibt. Durch die von uns verfolgte umsichtige Erweiterungspolitik soll der Raum des Friedens und der Stabilität der EU ausgedehnt werden. Dies erhöht Sicherheit und Wohlstand in Europa.

- Wir begrüßen daher die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und unterstützen die Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans.
- Wir wollen auch die Vertiefung der Beziehungen zur Türkei und die Anbindung des Landes an die Europäische Union. Ziel der Verhandlungen mit der Türkei ist der Beitritt. Der Verhandlungsprozess ist aber ergebnisoffen.

Ein politisch und wirtschaftlich starkes und in Solidarität geeintes Europa kann auch weltweit seinen Einfluss geltend machen. Wir wollen diese Chance nutzen, um die Globalisierung friedlich und sozial gerecht zum Wohl der Menschen in Europa und weltweit zu gestalten.

Wir dienen dem Frieden in der Welt.

Deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik dient dem Frieden in der Welt. Das war so und wird auch so bleiben. Zusammen mit unseren Partnern in Europa und weltweit setzen wir uns weiter für Frieden, Freiheit und Sicherheit sowie Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein. Mit unserer Außenpolitik stellen wir uns dieser Verantwortung. Deshalb haben wir aus gutem Grund den Irak-Krieg abgelehnt.

■ WIR SETZEN AUF AKTIVE FRIEDENSPOLITIK.

Grundlagen deutscher Außenpolitik sind die Beachtung des Völkerrechts, die Einhaltung der Menschenrechte und das Bekenntnis zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff.

- Wir wollen einen effektiven Multilateralismus, die weltweite Geltung des Rechts und starke internationale Organisationen.
- Wir wollen die Europäische Union international handlungsfähig machen und setzen uns daher für den Ausbau ihrer außenpolitischen Instrumente ein. Zugleich treten wir für eine enge transatlantische Partnerschaft ein.
- Menschenrechtspolitik ist ein wichtiger Bestandteil unserer Friedens- und Sicherheitspolitik. Die weltweite Beachtung der Menschenrechte ist aktive Präventionspolitik. Deutsche Außenpolitik wird nicht schweigen, wenn Menschenrechte verletzt werden. Auch bei der Bekämpfung des Terrorismus müssen die international geltenden Standards eingehalten werden.

- Langfristiges Ziel unserer Politik bleibt die vollständige Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen. Dazu stärken wir die weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle.

■ WIR ERÖFFNEN MENSCHEN NEUE CHANCEN.

Mit unserer Entwicklungspolitik wollen wir den Menschen in den Entwicklungsländern konkret helfen. Wir wissen um unsere Verantwortung und wollen ihr gerecht werden. Wir kämpfen für eine soziale Globalisierung.

- Um Armut zu bekämpfen, unterstützen wir die Menschen in den Entwicklungsländern in ihrem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben und eröffnen ihnen neue Lebensperspektiven. Deshalb setzen wir die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen um und werden die Mittel für die Entwicklungspolitik schrittweise erhöhen.

■ AKTIVE GLOBALE KLIMAPOLITIK FORTFÜHREN.

Wir verfolgen, wie zuletzt auf dem Weltklimagipfel in Montreal, weiterhin eine aktive und globale Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Fortführung und Intensivierung des Kyoto-Prozesses ein.

